



27. April 2018

AUSGABE 3/2018

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

erstmal in der 155-jährigen Geschichte der SPD haben wir eine Frau als Parteivorsitzende gewählt. Das hat lange gedauert und manchmal kommt es mir so vor, als ob sowas erst passiert, wenn die Lage aussichtslos erscheint. Sei es drum. Andrea Nahles ist nun unsere Spitzenfrau und sie hat auch bei ihren Kritikern eine Chance verdient. Manchen ist sie zu hemdsärmelig und etwas krass in ihrer Ausdrucksweise. Aber glatt gebügelt wäre uns auch nicht recht. Also: Auf, auf mit ihr in eine neue Zeit, die sowohl inhaltlich als auch kommunikativ nach Antworten verlangt.

Neben der Wahl von Andrea hat sich der Parteitag auf einige Beschlüsse verständigt. Im Vordergrund stand der Erneuerungsbeschluss. Es soll eine programmatische Erneuerung geben mit dem Fokus auf folgende Themen: Wachstum, Wohlstand und Wertschöpfung im 21. Jahrhundert; Zukunft der Arbeit; bürgerfreundlicher Staat; Deutschlands Rolle in einer sich rasant verändernden Welt. Zudem soll es eine organisatorische Erneuerung geben. Dazu gehört u. a. eine neue Debattenkultur, in der beispielsweise mehr Mitglieder eingebunden werden. Auch die Parteistrukturen sollen überarbeitet werden. So soll die Parteiarbeit auf allen Ebenen professionalisiert werden. Insgesamt soll der Prozess zwei Jahre dauern. Fragen dazu können am 3. Mai direkt mit unserem Generalsekretär Lars Klingbeil in Dortmund diskutiert werden. Mehr Infos dazu am Ende der Info-Post.

Hinsichtlich der Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche muss sich die Union endlich entscheiden: Gibt es das Gesetz mit ihr oder ohne sie? Es geht uns dabei um das Recht auf sachliche Informationen. Wenn wir dazu bis zum Herbst keine Einigung mit der Union erzielen können, werden wir uns nach anderen Mehrheiten im Bundestag umschauen.

Auch das Thema Familiennachzug bleibt auf der Tagesordnung. Es gilt gegenüber der Union hart zu bleiben und zu verhindern, dass weitere Hürden bei der Zusammenführung von Familien aufgebaut werden.

Rückkehrrecht in Vollzeit kommt

Lange haben wir für das Rückkehrrecht in Vollzeit gekämpft und nun liegt der Entwurf von unserem neuen Arbeitsminister Hubertus Heil vor. Mit Elternzeit, Pflegezeit und Familienpflegezeit haben Beschäftigte bereits für bestimmte Situationen das Recht, vorübergehend die Arbeitszeit zu reduzieren. Aber der Weg zurück in die Vollzeit ist oft schwierig oder versperrt. Mit dem neuen Gesetz, das nun Brückenteilzeit heißt, gibt es einen Rechtsanspruch auf die Rückkehr von Teil- in Vollzeit. Das ist wichtig, weil vor allem Frauen häufig in der „Teilzeitfalle“ hängen. Sie wollen wir so auch vor Altersarmut schützen. Das Gesetz soll Arbeitnehmern insgesamt mehr Spielräume geben, ihr Leben freier zu gestalten. Es soll quasi eine Brücke sein zwischen den eigenen Lebensplänen und Lebenslagen. Die Arbeitgeberverbände beschwören deshalb schon wieder den Untergang des Abendlandes, gleichzeitig klagen sie über fehlende Fachkräfte. Das passt nicht zusammen, denn das Gesetz sorgt mit dafür, zusätzliche Potenziale zu heben. Ich hoffe, dass das neue Gesetz zum 1. Januar 2019 in Kraft tritt.

Wohnraumoffensive vorantreiben

Dem Thema Wohnen widmete sich sowohl ein Beschluss des Parteitages als auch die Bundestagsfraktion. Bezahlbares Wohnen hat für uns in dieser Legislatur oberste Priorität. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist inzwischen die soziale Frage des 21. Jahrhunderts geworden. Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass derzeit fast zwei Millionen bezahlbare Wohnungen in deutschen Großstädten fehlen. Über 40 Prozent der Haushalte in den Großstädten müssen mehr als ein Drittel ihres Haushaltseinkommens für die Miete ausgeben. Die Wohnungssuche ist inzwischen nicht nur für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zum Spießrutenlauf geworden. Deshalb muss jetzt zügig bezahlbarer Wohnraum geschaffen und gesichert werden. Dazu gehört, den sozialen Wohnungsbau weiter zu fördern sowie Mieter besser zu schützen durch das Voranbringen der Mietpreisbremse und die Absenkung der Modernisierungumlage. Einzelne Maßnahmen werden aber nicht ausreichen. Wir brauchen eine umfassende Wohnraumoffensive!

Reform Grundsteuer

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10. April die Berechnungsgrundlage für die Grundsteuer in Westdeutschland für verfassungswidrig erklärt. Grundsteuer zahlt jeder, der ein Grundstück besitzt. Die Steuer fließt in die Kommunen und ist damit ihre drittgrößte Einnahmequelle.

Grund für die Entscheidung des Gerichts ist, dass die Grundstücke seit 1964 nicht mehr neu bewertet wurden, was eigentlich aber alle sechs Jahre hätte passieren müssen. Dass dies nicht geschehen ist, hängt mit dem enormen Aufwand zusammen, weil insgesamt 35 Millionen Grundstücke bewertet werden müssten. Seit 1964 haben sich die Werte natürlich sehr verändert. In der Stadt besitzen heute einige Grundstücke angesichts rasant steigender Immobilienpreise viel höhere Verkehrswerte als vor einigen Jahren – auch im Vergleich zu Grundstücken in Randlagen. Trotzdem bezahlen heute alle noch den gleichen Wert wie vor 55 Jahren. Deshalb muss hier nun dringend nachjustiert werden. Bis Ende 2019 muss der Bundestag eine Neuregelung der Grundsteuer vorlegen. Wichtig sind dabei zwei Sachen: Zum einen muss das Auskommen der Kommunen gesichert werden. Das heißt, für den

Fall, dass die Grundstückswerte in einer Stadt im Durchschnitt gesunken sind, muss eine Lösung gefunden werden, damit die Einnahmen nicht einbrechen. Zum anderen dürfen die Mieten nicht ins Unermessliche steigen, weil die höhere Grundsteuer vom Eigentümer umgelegt wird. Dies betrifft vor allem die Städte, deren Wohnungsmärkte bereits extrem angespannt sind.

Am 2. Mai treffen sich die Finanzminister von Bund und Ländern, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Bis Ende 2018 sollen die Eckpunkte der Reform stehen. Nach der Neuregelung können allerdings die alten Grundstückswerte noch bis spätestens 2024 weiter genutzt werden, weil die Neubewertung einige Zeit dauern wird.

Debatte um die Zukunft des Sozialstaats

Aktuell tobt in unserer Partei eine Debatte über Hartz IV. Ich finde das grundsätzlich gut. Inhaltliche Diskussionen machen die SPD aus und sind Ausdruck der Lebendigkeit der Partei. Wir sollten aber dabei nach vorne gucken. Das heißt in diesem Fall, dass wir nicht über die Entscheidung für die Agenda 2010 im Jahr 2003 streiten, sondern überlegen, wie der Sozialstaat in Deutschland in Zukunft aussehen soll. Herausforderungen gibt es genug: Die Gesellschaft wird immer älter, die Digitalisierung bereitet vielen Menschen Sorge und es gibt immer noch viel zu viele Langzeitarbeitslose. Im Zuge der Erneuerung der SPD sollten wir uns die Zeit nehmen, das Thema ganz grundsätzlich anzugehen. Dabei sollten wir verschiedene Konzepte wie ein Bedingungsloses Grundeinkommen oder ein Solidarisches Grundeinkommen intensiv diskutieren.

Situation in Syrien

Nach einem erneuten Giftgasangriff in der syrischen Stadt Duma – vermutlich durch die eigene Regierung – haben die USA, Frankreich und Großbritannien Luftangriffe auf syrische Chemiewaffenlabore geflogen. Nach der internationalen Chemiewaffenkonvention ist sowohl die Herstellung als auch der Einsatz chemischer Waffen verboten. Den Einsatz von Giftgas verurteile ich aufs Schärfste. Mir bereitet jedoch auch Sorge, wenn Luftangriffe geflogen werden, ohne dass es dafür ein Mandat gibt und ohne, dass der Giftgasangriff endgültig aufgeklärt ist. Andererseits ist ein Mandat über die UN aktuell natürlich illusorisch, da das Sicherheitsmitglied Russland auf Seiten Assads selber in den Krieg involviert ist. Die Lage in Syrien bleibt hochkomplex.

Ich plädiere ausdrücklich dafür, alles in unserer Macht stehende zu tun, um eine Waffenruhe für das Land zu erreichen. Es gilt zunächst, zu den vielen eingeschlossenen und verletzten Menschen vorzudringen und sie mit humanitärer Hilfe zu versorgen. Deutschland hat gerade erst eine weitere Milliarde an Hilfgeldern zugesagt. Es muss aber weitere Hilfe folgen.

Staatliche Finanzierung der NPD beenden

Es ist geradezu absurd, dass eine verfassungsfeindliche Partei wie die NPD, die den Staat und das Grundgesetz verachtet, von eben jenem Staat Geld erhält. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die rechtsextremistische Partei nicht länger von der staatlichen Parteienfinanzierung profitiert. Im letzten

Jahr hatte die NPD auf diesem Weg 744.000 Euro eingenommen. Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat werden einen gemeinsamen Antrag beim Bundesverfassungsgericht einbringen, die Finanzierung zu beenden.

Zu viele junge Menschen schließen ihre Ausbildung nicht ab

Jeder vierte Auszubildende in Deutschland beendet seine Lehre vorzeitig. Das ist ein Kernergebnis des neuen Berufsbildungsberichts. Bei Köchen, Restaurantfachleuten und Sicherheitsleuten hört sogar fast jeder Zweite früher auf. Zwar steht nicht hinter jeder Vertragsauflösung ein Auszubildender, der die Lust komplett verloren hat. In die Statistik fließen z. B. auch Auszubildende ein, die den Betrieb wechseln. Dennoch sind die Zahlen alarmierend, die Quote ist die höchste seit Anfang der 1990er-Jahre. Dass so viele Menschen ihre Ausbildung nicht abschließen, zeigt uns, dass die Ausbildungsbedingungen in vielen Branchen verbessert werden müssen. Dafür sind natürlich in erster Linie die Betriebe selbst verantwortlich. Sie müssen den Azubis angemessene Aufgaben geben und genügend Wertschätzung. Dazu gehört auch ein guter Lohn. Mit der Mindestausbildungsvergütung, die wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben, unterstützen wir das. Zudem sollten Programme, die Auszubildende und Unternehmen während der Ausbildung beratend zur Seite stehen, weiterlaufen.

Alle sprechen von der Notwendigkeit, die SPD zu erneuern. Aber wie und was soll verändert werden? Wie lange wollen wir uns mit uns selbst beschäftigen? Hierüber möchte ich zusammen mit unserem



Generalsekretär Lars Klingbeil, der Dortmunder Juso-Vorsitzenden Indra Paas und vor allem mit euch sprechen. In lockerer Kneipenatmosphäre habt ihr die Möglichkeit, Lars kurze Fragen zu stellen und er darf auch nur kurz und knackig antworten. Punkt 17 Uhr geht es los. Es wäre schön, wenn ihr deshalb alle etwas eher vor Ort wärt. Eine Anmeldung bei Hedra, unter 0231/28678618, wäre toll, denn dann können wir besser planen.

Freunde und Interessierte könnt ihr natürlich gerne mitbringen.

Ich freue mich auf jeden Fall auf euch!

Liebe Grüße

Eure *Sabine*